

Vorlage
für die Sitzung des **Senats**
am **29. November 2011**

Mittelfristige maßnahmen-bezogene Investitionsplanung 2011 / 2015 (einschließlich investiver Anteile der Schwerpunktmittel und des 30 / 20 Mio. € - Programms)

A. Problem

In seiner Sitzung am 11. Oktober 2011 hat der Senat beschlossen, die mittelfristige maßnahmen-bezogene Investitionsplanung 2011 / 2015 (einschließlich investiver Anteile der Schwerpunktmittel und des 30 / 20 Mio. € - Programms) auf Basis entsprechender Anmeldungen der Ressorts in einer Sondersitzung vorzubereiten und in der Senatssitzung am 29. November 2011 hierzu abschließende Beschlüsse zu fassen.

B. Lösung

I. Investitionsplanung 2011 / 2015

Auf entsprechende Bitte der Senatorin für Finanzen legten die Ressorts zur Investitionsplanung 2011/2015 bis zum 08. November 2011 ihre diesbezüglichen Anmeldungen vor, die anschließend

- in Ressortgesprächen sowie zwei Staatsräte-Runden (14. und 18. November 2011) erörtert und weiter entwickelt,
- durch Nachmeldungen und Anpassungen aktualisiert und
- hinsichtlich ihres Bezugs zu den Gesamtanmeldungen des 30 / 20 Mio. € - Programms abgeglichen wurden.

Die (Zwischen-) Ergebnisse dieses Anmelde- und Abstimmungsverfahrens zur Investitionsplanung lassen sich wie folgt zusammenfassen (in 1.000 €):

	2012	2013	2014	2015
Eckwerte des Senats (11.10.11)	453.015	450.875	458.353	435.407
+ vorgesehene Schwerpunktmittel	4.000	4.000	4.000	4.000
Investitionsrahmen	457.015	454.875	462.353	439.407
Ressortanmeldung	468.451	481.887	507.153	485.080
+ angemeldete Schwerpunktmittel 1)	5.620	7.850	4.850	3.750
+ Mittel für u3-Ausbau Bremerhaven	4.000	4.000		
Summe der Anmeldungen	478.071	493.737	512.003	488.830
Differenz zur Rahmensetzung	21.056	38.862	49.650	49.423

1) 2014/2015: ohne Schwerpunktmittel im Bereich Soziales

Am 21. November 2011 verständigte sich der Senat in einer Klausursitzung auf Vorschlag der Senatorin für Finanzen darauf, die Überleitung der eingegangenen Ressortanmeldungen in die konkrete maßnahmen-bezogene Investitionsplanung 2011/2015 im Hinblick auf die einzuhaltenden Rahmensetzungen wie folgt zu gestalten:

1. Zur Beseitigung des Anmeldeüberhangs für die Jahre 2012/2013 wird vorgesehen,
 - den von den Ressorts angemeldeten Mehrbedarf zu reduzieren bzw. nicht anzuerkennen,
 - Maßnahmen mit geringerer Dringlichkeit in die Folgejahre zu verschieben,
 - die Finanzierung einzelner Vorhaben zu strecken,
 - unabweisbaren (Vor-) Finanzierungsbedarf in Einzelfällen auch produktplan-übergreifend zu lösen sowie
 - für die großen Investitionshaushalte moderate Kürzungen des Gesamtrahmens vorzusehen, deren maßnahmen-bezogene Konkretisierung durch die Ressorts erfolgt.
2. Aufgrund der erwarteten Synergien wird für die Finanzierung von Küstenschutzmaßnahmen auf dem ehemaligen BWK-Gelände eine rahmenaufstockende Vorfinanzierung vorgesehen, deren Refinanzierung durch den Bund nach Ablauf der aktuellen Planungsperiode erfolgen wird und in den Eckwerten zu berücksichtigen ist.
3. Um die Einhaltung des Rechtsanspruches für den Ausbau der Betreuungsplätze für unter 3-jährige Kinder in der Stadt Bremerhaven abzusichern wird vorgeschlagen, dass sich das Land Bremen in den Haushaltsjahren 2012 und 2013 mit insgesamt 8 Mio. € an den Investitionskosten beteiligt, die von Bremerhaven in diesem Zusammenhang aufzubringen sein werden. Es ist erforderlich diese (einmaligen) Beträge durch entsprechende Aufstockung der Eckwerte im Produktplan Jugend / Soziales zur Verfügung zu stellen.
4. Die inhaltliche Ausfüllung der investiven Planwerte für die Jahre 2014/2015 wird auf der Basis der Investitionsschwerpunkte der letzten Jahre fortgeschrieben. Dadurch wird sichergestellt, dass die Veränderungen 2012 / 2013 zur Basis der künftigen Investitionseckwerte werden. Auf eine Auflösung der verbleibenden Anmeldungsüberhänge wird zunächst verzichtet. Der gemeldete Mehrbedarf ist im Haushaltsaufstellungsverfahren 2014 / 2015 im Rahmen der Gesamtinvestitionseckwerte maßnahmenbezogen aufzulösen. Dabei ist sicherzustellen, dass die Finanzierung vor 2014 begonnener mehrjähriger Investitionsvorhaben in allen betroffenen Planjahren innerhalb der Planwerte darzustellen sind.

In der **Anlage 1** sind

- die vom Senat am 11. Oktober 2011 als Ausgangsgrößen des dokumentierten Abstimmungsverfahrens beschlossenen Eckwert-Vorschläge,
- die erfolgten Anmeldungen der Ressorts,
- die in der Senatsklausur am 21. November 2011 im Hinblick auf die Überschreitungen verabredeten Lösungsansätze sowie
- die sich daraus ergebenden neuen investiven Rahmensetzungen

differenziert nach Produktplänen dargestellt. Zusammenfassend ergeben sich dabei folgende Werte (in 1.000 €):

	2012	2013	2014	2015
Eckwerte (neu) 2)	455.982	465.427	464.083	439.989
Schwerpunktmittel (neu) 1)	5.620	7.850	4.850	3.750
Eckwerte insgesamt	461.602	473.277	468.933	443.739
Differenz zum Invest.rahmen 11.10.:	-4.587	-18.402	-6.580	-4.332
+ Mindereinnahmen	-2.352	-2.329	-325	-457
Gesamtdifferenz investiv:	-6.939	-20.731	-6.905	-4.789
Teildeck. durch reduz. Zinsausg.:	5.620	15.350		
verbleib. Handl.bedarf (Glob. Mind.ausg.):	-1.319	-5.381		

1) 2014/2015: ohne Schwerpunktmittel im Bereich Soziales

2) 2012: einschließlich zusätzliche Finanzierung (Küstenschutz BWK; 7,5 Mio. €)

Für das weitere Verfahren zur Bildung und maßnahmen-bezogenen Ausfüllung der investiven Eckwerte und Planwerte sowie zur Bewertung des aktuellen Beratungsstandes zur Investitionsplanung 2011/2015 sind folgende Aspekte zu beachten:

1. Mit den neu vorgesehenen investiven Eckwerten überschreiten die Investitionsausgaben des Landes und der Stadtgemeinde Bremen die ursprünglichen Ausgangswerte des Finanzrahmens im Jahr 2012 etwa in Höhe der zusätzlich einzurechnenden Zahlungen für den U3-Ausbau an Bremerhaven (+ 4,6 Mio. €) und im Jahr 2013 um rd. 18,4 Mio. € (einschließlich Vorfinanzierung Küstenschutz BWK-Gelände). Hinzu kommen Mindereinnahmen von 2,4 Mio. € (2012) und 2,3 Mio. € (2013). Unter Berücksichtigung einer vorgesehenen Teildeckung durch reduzierte Zinsausgaben in Höhe von 5,6 Mio. € (2012) und 15,4 Mio. € (2013) verbleibt ein Handlungsbedarf von 1,3 Mio. € (2012) sowie 5,4 Mio. € (2013) (Globale Minderausgabe).
2. Für Niveau und Entwicklung der Investitionsausgaben des Landes und der Stadtgemeinde Bremen insgesamt ergeben sich aus dem aktuellen Beratungsstand folgende Werte (in Mio. €):

2011	2012	2013	2014	2015
476,8	460,3	467,9	468,9	443,7

Die Entwicklung der investiven Ausgaben weist damit bis 2014 eine annähernde Konstanz gegenüber dem Ausgangswert der Anschläge 2011 auf.

Hinsichtlich des Ausgabenniveaus ist allerdings festzustellen, dass die investiv ausgewiesenen Eckwerte nicht in voller Höhe der Finanzierung aktueller investiver Vorhaben dienen: Rd. 75 Mio. € der Ausgaben des Jahres 2011 stellen (Kapitaldienst-) Tilgungen für Investitionsmaßnahmen der Vergangenheit dar. Andererseits enthält das 30 / 20 Mio. € - Programm zum Umbau der Verwaltung und Infrastruktur auch investive Anteile.

3. Die unter Berücksichtigung der einzuhaltenden Ausgaberrahmen 2012/2013 zu verschiebenden Vorhaben (Sanierung und Umbau NW2 im Hochschulbereich, Maßnahmen des Zukunftskonzeptes der Freiwilligen Feuerwehren im Bereich Inneres und Umgestaltung von Schulstandorten) werden in den Haushaltsjahren ab 2014 mit Priorität umgesetzt. Die zu erstellende mittelfristige Investitionsplanung wird entsprechende Ausweisungen enthalten.
4. Im Rahmen des Programms zur Gebäudesanierung zeichnet sich für das Jahr 2012 ein ggü. den bisher veranschlagten Werten deutlich erhöhter Mittelbedarf auf Grund der Abrechnung zahlreicher bedeutender Projekte ab. Die Senatorin für Finanzen wird zur Entscheidung des Senats über die Haushalte im Februar einen Vorschlag zur auskömmlichen Abwicklung der Maßnahmen vorlegen.
5. Zur Entscheidung des Senats im Februar 2012 wird eine Staatsräte-AG unter Federführung der Senatskanzlei einen Vorschlag zur langfristigen Finanzierung und zum künftigen Management und Betrieb der öffentlichen Bäder (einschließlich Uni-Bad) vorlegen. Die Senatorin für Finanzen wird einen Vorschlag zur haushaltsmäßigen Absicherung der notwendigen Investitionen und der laufenden Kosten vorlegen.
6. Für die Mitfinanzierung von (Planungs-) Kosten des Projektes „Y-Trasse“, für die von bremischer Seite eine verbindliche Zusage besteht, ist die Einstellung entsprechender Beträge in die Eckwerte der Haushaltsjahre 2012 und 2013 aus aktueller Sicht nicht erforderlich.
7. Der Senat hat am 8. November 2011 den Entwurf eines Gesetzes über die Erhebung einer Tourismusabgabe beschlossen und der Bremischen Bürgerschaft zugeleitet.
Die Bremische Bürgerschaft wird den Gesetzentwurf voraussichtlich im Dezember 2011 in 2. Lesung beraten und beschließen.
Zur Entscheidung des Senats im Februar 2012 wird die Senatorin für Finanzen ein mit den Senatoren für Kultur und Wirtschaft, Arbeit und Häfen abgestimmtes Konzept für die Verteilung der entsprechenden Einnahmen vorlegen.
8. Im Rahmen des Vollzugs der Haushalte 2012 und 2013 ist es zwecks Einhaltung der engen Föko-Vorgaben unerlässlich, den investiven Finanzierungssaldo möglichst punktgenau einzuhalten. Ziel muss es dabei sein, einen möglichst vollständigen Mittelabfluss der veranschlagten Investitionsausgaben sicherzustellen und so die Bildung von Resten und Rücklagen auf ein unvermeidbares Maß zu beschränken.

Die Senatorin für Finanzen schlägt hierfür die Einführung eines zentralen Mittelabflusscontrollings für Investitionen vor, mit dem eine ressortübergreifende Ausgabensteuerung der Investitionen entsprechend dem jeweiligen Mittelbedarf sichergestellt werden kann. Die Senatorin für Finanzen wird hierfür ein mit den investitionsstarken Ressorts abgestimmtes Regelwerk erarbeiten und dem Senat im Februar 2012 zur Beratung vorlegen.

In **Anlage 2** sind die neuen investiven Eckwerte 2012 – 2015 **getrennt nach Einnahmen und Ausgaben** in der bisherigen Produktplan-Struktur dargestellt.

II. **Schwerpunktmittel**

Der Senat hat in seiner Sitzung am 11.10.2011 die Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit sowie die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen gebeten, in Abstimmung mit der Senatskanzlei und der Senatorin für Finanzen bis zum 22.11.2011 einen konkreten Vorschlag zur Aufteilung der konsumtiven und investiven Mittel für politische Schwerpunktsetzungen vorzulegen.

Diese Mittel sind vorgesehen für den Ausbau der Kindertagesbetreuung, die Sprachförderung sowie für ganztägiges Lernen.

Für diesen Zweck waren **konsumtive Mittel** in Höhe von 10,5 Mio. € in 2012, 13 Mio. € in 2013 und jeweils 15 Mio. € in 2014 und 2015 vorgesehen.

Da das Gesamtvolumen der Ressortanmeldungen die verfügbaren Schwerpunktmittel erheblich überschreitet - und dies in wachsendem Ausmaß - wurde in mehreren Gesprächen mit den Ressorts ein gemeinsamer Vorschlag für die Aufteilung der konsumtiven Schwerpunktmittel erarbeitet.

Das Ergebnis des Aufteilungsvorschlages lässt sich wie folgt zusammenfassen:

- Mit Rücksicht auf die Bedarfsentwicklung werden konsumtive Schwerpunktmittel in Höhe von 1 Mio. € von 2012 nach 2013 verschoben; demnach stehen also 9,5 Mio. € in 2012 und 14,0 Mio. € in 2013 bereit.
- Im KTH-Bereich werden die Vorbelastungen aus dem Mehrbedarf 2011 sowie die Ganzjahreseffekte aus dem in 2011 realisierten Platzausbau zunächst ausgeklammert. Für sie muss eine gesonderte Lösung außerhalb des Schwerpunktprogramms gefunden werden. Dabei kann zur Teilfinanzierung auf die nach der Senatsentscheidung im Oktober zur Schulsozialarbeit noch verbliebenen Haushaltsentlastungen infolge des BuT-Pakets zurückgegriffen werden. Der Senatsbeschluss zur Schulsozialarbeit im Hinblick auf die Verteilung möglicher **zusätzlicher** Spielräume aufgrund künftiger Bedarfsprognosen ist davon unberührt.
- Anstelle der vom Ressort für erforderlich gehaltenen Preissteigerung von 2% p.a. wird die im sonstigen Haushalt maximal anerkannte Steigerung von 0,9 % p.a. angesetzt.
- Das verfügbare Volumen erhöht sich zudem, wenn in einer abgestimmten Standortplanung der Ausbau der Ganztagsbetreuung den Abbau bestehender Horte ermöglicht. Diese Synergieeffekte - unter Berücksichtigung der Finanzierung der Ferienbetreuung und der zusätzlichen Wochenstunde - werden in Abstimmung zwischen den Ressorts derzeit auf 0,7 Mio. € in 2012 und 2,0 Mio. € in 2013 beziffert.

Für die Jahre 2012 und 2013 können unter diesen Prämissen die Mittel so verteilt werden, dass

- der vom Bildungsressort für die Ganztagsbetreuung geltend gemachte Bedarf in Höhe von 1,7 Mio. € in 2012 und 4,6 Mio. € in 2013 abgedeckt werden kann,
- die rein rechtsanspruchsbedingten Kosten für den Ausbau der Kindertagesbetreuungsplätze insbesondere im Bereich der unter 3jährigen abgedeckt sind,
- weitere Mittel für den Ausbau des KTH-Bereichs im Sinne der bisherigen Beschluslagen sowie ggf. zur Abdeckung von überplanmäßigen Kostensteigerungen im Umfang von rd. 2 bzw. 2,5 Mio. € verbleiben und

- im Jahr 2012 ein Rest in Höhe von rd. 1 Mio. € zur Deckung investiven Mehrbedarfs eingesetzt werden kann.

Auf der Grundlage dieser Annahmen wird folgende **Aufteilung der konsumtiven Schwerpunktmittel** vorgeschlagen:

Grund der Nachweisung (Angaben in Mio. €)	2012	2013
konsumtive Schwerpunktmittel (neue Eckwerte)	9,5	14,0
Erwartete Synergieeffekte	0,7	2,0
Summe	10,2	16,0
davon entfallen auf den Bereich:		
○ Bildung	2,7	4,6
○ Soziales *)	7,5	11,4
*) davon Kita Rechtsanspruch U3	(5,4)	(8,9)

Die Synergieeffekte sind vom Sozialressort zu erbringen. Dadurch reduziert sich der Eckwert des Ressorts um 0,7 Mio. € in 2012 und 2,0 Mio. € in 2013 außerhalb der Schwerpunktmittel.

In dieser Berechnung vorläufig **nicht enthalten** sind mögliche, von den parlamentarischen Gremien noch zu beschließende **Kostendämpfungsmaßnahmen im KTH-Bereich**. Im Falle einer Umsetzung sollten sie ggf. im Hinblick auf den o.g. erhöhten Finanzierungsbedarf zur Aufrechterhaltung der bisherigen Angebote und darüber hinaus gehend zur Angebotsausweitung genutzt werden.

Für die Jahre **2014** und **2015** ergeben sich aus den Bedarfsanmeldungen beider Ressorts deutliche Kostensteigerungen:

- Im Schulbereich aus dem Aufwuchs der in 2012 und 2013 eingeleiteten Maßnahmen sowie der ganzjährigen Finanzierung der Maßnahmen aus 2013 an Ganztagsbetreuung sowie aus den geplanten weiteren jährlichen Tranchen.
- Im KTH-Bereich aus dem Ganzjahreseffekt des Ausbaus in 2013, aus einer zu erwartenden Steigerung der Betreuungsnachfrage (> 35% im u3-Bereich) sowie aus der Gewährleistung des 6-stündigen Rechtsanspruchs.

Daraus folgt, dass für die Zeit nach 2013 neu zu entscheiden sein wird über

- die Fortsetzung des Ausbaus der Ganztagsbetreuung über die 2. Tranche hinaus,
- den weiteren Ausbau der KTH-Betreuung im Licht der Bedarfsentwicklung sowie mögliche haushaltsentlastende Maßnahmen,
- das Volumen der Schwerpunktmittel (ggf. unter Nutzung von Mehreinnahmen, sofern diese sich als dauerhaft darstellen).

Für **investive Schwerpunktmittel** waren **bisher** insgesamt **4,0 Mio. €** p.a. vorgesehen.

Die Ressorts machen (einschließlich der Finanzierung einer gebundenen Ganztagsgrundschule in Bremerhaven) folgenden **Investitionsbedarf** geltend:

Grund der Nachweisung (Angaben in Mio. €)	2012	2013
investive Schwerpunktmittel (neue Eckwerte)	5,62	7,85
Bildung	3,95 +1Mio. Rest konsumtiv	3,85 + VE 0,5
Soziales	1,67	4,00

Es wird vorgeschlagen, die geltend gemachten Anmeldungen und die Aufteilung auf die Ressorts Bildung und Soziales zu akzeptieren. Die sich daraus ergebenden Überschreitungen in Höhe von rd. 1,6 Mio. € (2012) und bzw. rd. 4,0 Mio. € (2013) sollen zusätzlich finanziert und aus Zinseinsparungen gedeckt werden.

Der bei der Aufteilung der konsumtiven Mittel für den Bereich Bildung in 2012 verbleibende Restbetrag kann in Höhe von 1 Mio. € investiv verwendet werden.

Der Senat bittet die Ressorts Bildung und Soziales, dem Senat nach vorheriger Beteiligung der Fachdeputationen **bis zu den Haushaltsberatungen im Februar 2012** auf der Basis der beschriebenen Verteilung konkrete Umsetzungskonzepte vorzulegen.

III. 30/20 Mio. €- Programm „Umbau der Verwaltung u. Infrastruktur“ (UVI)

Ziele

Im Rahmen des weiteren Konsolidierungskurses soll ein nachhaltiger Umbau der Verwaltung, eine strukturelle Verbesserung der Aufgabenwahrnehmung und die Verbesserung der städtischen Infrastruktur erreicht werden, um mittel- und langfristig die laufenden Kosten zu senken.

Um die angestrebten Personaleinsparungen zu erfüllen sowie Effizienz- und Einnahmesteigerungen zu erzielen, müssen Prozesse gebündelt und technisch unterstützt, Doppelstrukturen abgebaut und infrastrukturelle Engpässe beseitigt werden. Deshalb sollen besondere Anstrengungen mit zusätzlichen Umbauinvestitionen aus dem Programm „Umbau, Verwaltung, Infrastruktur (30/20 Mio. €)“ unternommen werden.

Da die Effekte dieses Umbauprogramms belegbare Beiträge zur Haushaltskonsolidierung liefern sollen, gelten für den Nachweis der Wirtschaftlichkeit und Dringlichkeit der aus UVI-Mitteln finanzierten Projekte entsprechend strenge Maßstäbe.

Verfahren / Umsetzungsempfehlungen

Die Ressorts haben für das Programm rund 140 Projekte mit einem Finanzierungsbedarf von über 110 Mio. € angemeldet.

Die Senatorin für Finanzen hat die angemeldeten Projekte vorrangigen Programm-Kategorien zugeordnet.

Dabei werden in der Säule „Nachhaltige Aufgabenwahrnehmung“ vor allem effizienzsteigernde Projekte im Bereich der sozialen Teilhabe von Kindern und Jugendlichen, einer modernen Justiz, eines effizienten Bürgerservice, elektronifizierter Verwaltungsprozesse, gebündelter Vergabe-, Einkaufs- und IT-Leistungen sowie einer wirkungsoptimierten Ressortzusammenarbeit gesehen.

In der Säule „Effizienz durch technische Innovation“ sollen Projekte umgesetzt werden, die mit umweltfreundlicher Technik eine sichere Stadtinfrastruktur und Aufgabenwahrnehmung zu geringeren Kosten ermöglichen oder zu einer Optimierung durch besonders effizienzfördernde IT-Fachverfahren führen.

Die Senatorin für Finanzen hat gemäß dieser Kategorien und auf Basis der bisherigen Senatsberatungen, die den Gesamtumfang der Projekte verändert bzw. erweitert haben, eine Projektliste mit empfehlendem Charakter zusammengestellt. Diese enthält eine rechnerische „Überbuchung“ von 18,6 %. Der veranschlagte Programmrahmen von 50 Mio. € darf nicht überschritten werden. Insoweit ist eine entsprechende Anpassung erforderlich.

Daraus ergeben sich rechnerisch folgende Ressortanteile nach Abzug der rechnerischen „Überbuchung“:

PPL 03 - Senatskanzlei	151
PPL 05 - Bevollmächtigte beim Bund	120
PPL 07 - Inneres	3.198
PPL 11 - Justiz	2.644
PPL 21 - Bildung	6.561
PPL 22 - Kultur	1.134
PPL 24 - Wissenschaft	2.276
PPL 41 - Soziales	1.466
PPL 68 - Bau, Umwelt und Verkehr	2.894
PPL 71 - Wirtschaft	5.822
PPL 81 - Häfen	1.075
PPL 91 - Finanzen (Fachressort)	255
PPL 91 - Finanzen (Querschnitt)	3.442
PPL 96 - IT-Ausgaben der FHB	13.995
Kommunaler Anteil Bremerhaven	4.967

Angaben in Tsd. EUR

Mittelbewilligung und Nachweis der Wirtschaftlichkeit

Ein Austausch von Schwerpunkten innerhalb der Ressorts und zwischen den Ressorts (z.B. zur Optimierung der Liquiditätssteuerung in den Haushaltsjahren) soll im

weiteren Programmvollzug auch im Interesse der Sicherstellung eines vollständigen Mittelabflusses möglich sein.

Durch Verpflichtungsermächtigungen soll der Beginn vordringlicher Projekte im Frühjahr 2012 sichergestellt werden.

Nach § 38 Abs. 1 LHO sind Maßnahmen, die Ausgaben in kommenden Jahren zur Folge haben, in voller Höhe durch Verpflichtungsermächtigungen abzusichern. Die hierzu erforderlichen Anträge werden dem HaFA noch in diesem Jahr vorgelegt.

In einem mit den Ressorts verabredeten Verfahren sind folgende Projekte für die Erteilung von Verpflichtungsermächtigungen gemeldet worden:

- Terminmanagement und Kundensteuerung im Stadtamt
- Vorgangsbearbeitungssystem Polizei

- Einführung der elektronischen Schülerakte
- Beschleunigung der Inklusion im Schulbereich
- Internetgestütztes Elterninformationssystem KiTa

- Einführung eines amtlichen Liegenschaftskataster-Informationssystems (AL-KIS)
- Standardisierung des IT-Supports
- Green-IT Uni Bremen

- Verkehrstechnische Verbesserung durch LED-Signalanlagen in Bremen
- Erneuerung Infrastruktur Bürgerweide
- Anbindung des Offshore-Terminals (Luneort)

Alle weiteren Mittel werden zunächst gesperrt und erst nach Beschluss der zuständigen Fachdeputationen und abschließend vom HaFA freigegeben. Dabei ist eine zur Einhaltung des Programmrahmens eine Prioritätensetzung vorzunehmen bzw. Projekte für eine ressortinterne „Nachrückerliste“ festzulegen.

Die Verantwortung für die Wirtschaftlichkeit der Maßnahmen liegt bei den jeweiligen Fachressorts, die auch die Durchführung und den Mittelabfluss steuern sowie die realisierten Entlastungseffekte nachweisen. Dazu ist dem HaFA vor der Mittelfreigabe auf einem standardisierten Formblatt mitzuteilen, zu welchem Berichtszeitpunkt anhand welcher Kennzahlen und Messgrößen die realisierten Effekte belegt werden können.

Die Ressorts liefern die notwendigen Informationen zum Projektfortschritt der Senatorin für Finanzen für eine koordinierte Programmsteuerung zu.

IV. Ergänzung

1. Es ist nicht auszuschließen, dass durch die Tarifiergebnisse 2012 (Verhandlungen TVöD) und 2013 (Verhandlungen TV-L) höhere Belastungen für die bremischen Haushalte entstehen. Der Senat beabsichtigt eine Anpassung der bisherigen Anschläge vorzunehmen, sofern dies aufgrund der konkreten Tarifabschlüsse notwendig ist.

Ziel ist dabei: Vermeidung von zusätzlichen Stelleneinsparungen und Unterstützung der Ressorts bei der Bewältigung der zusätzlichen Personalkosten. Dazu werden zeitnah entsprechende Änderungen im Haushalt bzw. Nachtragshaushalt vorgelegt. Die Finanzierung soll ggf. durch Rückgriff auf Steuermehreinnahmen erfolgen.

2. Mit Beschluss vom 11. Oktober 2011 zur Vorbereitung der Haushaltsberatungen für die Jahre 2012/2013 hat der Senat die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen gebeten, die vom Ressort erwarteten Mindereinnahmen aufgrund gesetzlicher Änderungen beim kommunalen Finanzierungsanteil für das Jobcenter abschließend einzuschätzen und mögliche Ausgleichsmaßnahmen bis zum 22. November 2011 zu entwickeln.

Da eine Konkretisierung des Risikos u. a. aufgrund der noch ausstehenden Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan der Jobcenter 2012 zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht möglich ist, soll im Einvernehmen mit der Senatskanzlei und der Senatorin für Finanzen im Rahmen der Senatsberatung über den Haushalt 2012/2013 am 14. Februar 2012 eine aktuelle Einschätzung über das zu erwartende Risiko sowie ein zwischen der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen und der Senatorin für Finanzen abgestimmter Lösungsvorschlag vorgelegt werden.

C. Alternativen

Keine

D. Finanzielle und Personalwirtschaftliche Auswirkungen, Gender-Prüfung

Finanzielle und Personalwirtschaftliche Auswirkungen sind in den Anlagen 1 bis 3 dargestellt. Es werden keine Gender-spezifischen Gesichtspunkte berührt.

E. Beteiligung und Abstimmung

Die Vorlage wurde mit der Senatskanzlei erörtert.

F. Öffentlichkeitsarbeit und Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Geeignet.

G. Beschlussvorschläge

1. Der Senat beschließt die mittelfristige Investitionsplanung nach den in **Anlage 1** dargestellten Anmelde- und Abstimmungsverfahren.

2. Der Senat beschließt für die Jahre **2012** und **2013** die in **Anlage 2** dargestellten Produktplan-Eckwerte und bittet die Ressorts um Konkretisierung **bis zu den Haushaltsberatungen im Februar 2012**. Zu diesem Zeitpunkt sind auch Vorschläge zur auskömmlichen Abwicklung des Programms zur Gebäudesanierung sowie zur langfristigen Finanzierung und zum künftigen Management und Betrieb der öffentlichen Bäder (einschließlich Uni-Bad) vorzulegen
3. Das Land Bremen beteiligt sich in den Haushaltsjahren **2012 und 2013** mit **jeweils 4 Mio. €** an den Investitionskosten, die von Bremerhaven für den Ausbau der Betreuungsplätze für unter 3-jährige Kinder aufzubringen sein werden, durch entsprechende Eckwertaufstockung im Produktplan Jugend und Soziales.
4. Hinsichtlich der von den Bereichen gemeldeten investiven **Planwerte 2014 / 2015** wird zunächst auf eine Auflösung der verbleibenden Anmeldungsüberhänge verzichtet. Der gemeldete Mehrbedarf ist im Haushaltsaufstellungsverfahren 2014 / 2015 im Rahmen der Gesamtinvestitionseckwerte maßnahmenbezogen aufzulösen. Dabei ist sicherzustellen, dass die Finanzierung vor 2014 begonnener mehrjähriger Investitionsvorhaben in allen betroffenen Planjahren innerhalb der Planwerte darzustellen sind.
5. Der Senat stimmt der Aufteilung des Mittelrahmens für die konsumtiven und investiven **Schwerpunktmittel** auf der Grundlage des Entwurfs von den Ressorts Bildung, Soziales und Finanzen und dem damit verbundenen Finanzierungsvorschlag zu. Er bittet die Ressorts Bildung und Soziales um Vorlage konkreter Umsetzungskonzepte **bis zu den Haushaltsberatungen im Februar 2012** nach vorheriger Befassung der jeweiligen Fachdeputation.
6. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen, dem HaFA gemäß der erarbeiteten „Projektliste“ einen produktplanbezogenen Verteilungsvorschlag für die Realisierung von UVI-Projekten vorzulegen und ihn über die zugrundeliegenden Kriterien/ Kategorisierungen zu informieren. Innerhalb dieses Programmrahmens soll eine Mittelfreigabe für ressortspezifische Projektrealisierungen nach Befassung der fachpolitischen Gremien durch den HaFA erfolgen.
7. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen in Abstimmung mit den zuständigen Ressorts dem HaFA die in diesem Jahr für einen termingerechten Beginn der UVI-Maßnahmen erforderlichen VE-Anträge vorzulegen.
8. Der Senat bittet alle beteiligten Ressorts, innerhalb des zur Verfügung stehenden Programmanteils und des inhaltlichen Programmrahmens (Projektliste) die erforderlichen politischen Abstimmungsprozesse einzuleiten, Nachweismöglichkeiten für Entlastungseffekte aufzuzeigen, soweit erforderlich Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen nachzureichen und in Abstimmung mit der Senatorin für Finanzen die haushaltstechnische Umsetzung sowie das Ressort-Berichtswesen für das zentrale Programmcontrolling vorzubereiten.
9. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen in Abstimmung mit den investitionsstarken Ressorts Wissenschaft, Bau, Wirtschaft und Häfen bis Februar 2012 um Vorlage eines Regelwerkes zur unterjährigen Steuerung des investiven Mittelabflusses, das gleichermaßen die nötige Flexibilität und ein Höchstmaß an Transparenz gewährleistet.
10. Der Senat bittet die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen eine aktuelle Einschätzung über das zu erwartende Risiko aufgrund gesetzlicher Änderungen

beim kommunalen Finanzierungsanteil für das Jobcenter sowie einen zwischen der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen und der Senatorin für Finanzen abgestimmten Lösungsvorschlag bis zur Senatsberatung über die Haushalte 2012/2013 am 14. Februar 2012 vorzulegen.

11. Der Senat bittet dafür Sorge zu tragen, dass die Globalen Minderausgaben (2012: 1,3 Mio. €, 2013: 5,4 Mio. € bis spätestens zur Senatsberatung über die Haushalte 2012/2013 im Februar 2012 aufgelöst werden.

Anlagen

Mittelfristige Investitionsplanung 2011 / 2015

25. November 2011
in 1000 €

	2011	2012	2013	2014	2015	
01 Bürgerschaft						
Eckwerte des Senats	355	416	430	445	449	
Ressortanmeldung		416	430	445	449	
Differenz		0	0	0	0	Deckung angekündigter IT-Mehrbedarfe (260 T€ (2012) und 52 T€ (2013)) durch Resteinanspruchnahme im Vollzug durch SF zugesagt
Lösungsvorschlag:						keine Veränderungen
Eckwerte (neu)		416	430	445	449	
02 Rechnungshof						
Eckwerte des Senats	13	12	12	13	12	
Ressortanmeldung		12	12	13	12	
Differenz		0	0	0	0	nicht gemeldet: voraussichtliche Mehrbedarfe ab 2015 (geplanter Umzug 2015/2016)
Lösungsvorschlag:						keine Veränderungen
Eckwerte (neu)		12	12	13	12	
03 Senat / Kirchl. Ang.						
Eckwerte des Senats	2.845	2.614	2.690	2.789	2.676	
Ressortanmeldung		2.614	2.690	2.789	2.676	
Differenz		0	0	0	0	
Lösungsvorschlag:						keine Veränderungen
Eckwerte (neu)		2.614	2.690	2.789	2.676	
05 Bundesangelegenheiten						
Eckwerte des Senats	61	56	58	60	58	
Ressortanmeldung		56	58	60	58	
Differenz		0	0	0	0	
Lösungsvorschlag:						keine Veränderungen
Eckwerte (neu)		56	58	60	58	
06 Datenschutz						
Eckwerte des Senats	14	13	13	14	13	
Ressortanmeldung		13	13	14	13	
Differenz		0	0	0	0	keine Anmerkungen
Lösungsvorschlag:						keine Veränderungen
Eckwerte (neu)		13	13	14	13	

Anlage 1

25. November 2011
in 1000 €

2011	2012	2013	2014	2015
------	------	------	------	------

07 Inneres						
Eckwerte des Senats	5.234	5.752	5.623	5.390	4.855	
Ressortanmeldung		6.252	6.623	10.761	9.358	
Differenz		-500	-1.000	-5.371	-4.503	Kommunikationstechnik; Umsetzung des Zukunftskonzeptes der Freiwilligen Feuerwehren
Lösungsvorschlag:		500	1.000	-750	-750	Verschiebung Maßnahme "Gerätehaus FF Lehesterdeich" (Priorität bei Fortschreibung)
Differenz (neu)		0	0	-6.121	-5.253	
Eckwerte (neu)		5.752	5.623	5.390	4.855	
08 Gleichberecht. d. Frau						
Eckwerte des Senats	4	4	4	4	4	
Ressortanmeldung		4	4	4	4	
Differenz		0	0	0	0	keine Anmerkungen
Lösungsvorschlag:						keine Veränderungen
Eckwerte (neu)		4	4	4	4	
11 Justiz						
Eckwerte des Senats	4.612	5.599	5.617	5.639	5.613	
Ressortanmeldung		10.528	7.416	7.392	7.434	Anmeldung 2012/13 ohne UVI-Maßnahmen
Differenz		-4.929	-1.799	-1.753	-1.821	Anstaltsgebäude JVA (2012: Vorzieheffekt von 3,15 Mio. €) und Grundbedarf (rd. 1,8 Mio. € p. a.)
Lösungsvorschlag:		3.150				Finanzierung der Vorz.bedarfe für die JVA aus den Eckwerten des Wirtschafts- bzw. Häfenressorts
		579	599	553	621	Anerkennung erhöhter Grundbedarfe (1,2 Mio. € statt angemeldeter Beträge)
Differenz (neu)		-1.200	-1.200	-1.200	-1.200	
Eckwerte (neu)		6.799	6.817	6.839	6.813	
12 Sport						
Eckwerte des Senats	2.705	2.488	2.562	2.656	2.553	
Ressortanmeldung		2.485	2.561	2.668	2.566	
Differenz		3	0	-12	-12	
Lösungsvorschlag:						keine Veränderungen
Eckwerte (neu)		2.485	2.561	2.656	2.553	

Anlage 1

25. November 2011
in 1000 €

2011	2012	2013	2014	2015
------	------	------	------	------

21 Bildung						
Eckwerte des Senats	21.118	15.304	15.537	15.874	15.220	
Ressortanmeldung		18.809	26.157	29.124	25.920	
Differenz		-3.505	-10.620	-13.251	-10.700	Neubau, Umbau bzw. Erweiterung verschiedener Schulstandorte (Schwerpunkt Bremen-West)
Lösungsvorschlag:			2.000	-1.000	-1.000	Verschiebung Maßnahme "Schulstandorte" (Priorität bei Fortschreibung)
Differenz (neu)		-3.505	-8.620	-14.251	-11.700	
Eckwerte (neu)		18.809	24.157	29.124	25.920	
Schwerpunktmittel		3.950	3.850	4.850	3.750	Ganztagsschulen in Bremen und Bremerhaven
22 Kultur						
Eckwerte des Senats	7.918	7.209	7.421	7.694	7.389	
Ressortanmeldung		7.129	7.278	7.694	7.389	
Differenz		80	143	0	0	Nutzung Basiseffekt Kunsthalle 2011/2012 für Schiffahrtsmuseum (erster Bauabschnitt) nachr.: bei Aufstellung 2012 und 2013 jeweils 300 T€ in konsumtive Eckwerte verlagern
Lösungsvorschlag:						keine Veränderungen
Eckwerte (neu)		7.129	7.278	7.694	7.389	
24 Hochschulen / Forschung						
Eckwerte des Senats	44.381	43.225	45.280	44.198	43.311	
Ressortanmeldung		42.337	47.331	54.812	53.339	
Differenz		888	-2.051	-10.614	-10.028	Sanierung und Umbau NW2; Beteiligung am DSM
+ Mindereinnahmen		-1.888	-1.949	-2.086	-2.072	verminderte Bundesmittel für Forschungsbauten nach Art. 91 b GG
Differenz (netto)		-1.000	-4.000	-12.700	-12.100	
Lösungsvorschlag:		1.000	4.000	-2.000	-2.000	Verschiebung Maßnahme "NW2" (Priorität bei Fortschreibung)
Differenz (neu)		0	0	-14.700	-14.100	
Eckwerte (neu)		41.337	43.331	42.112	41.239	Eckwerte des Senats abzüglich Mindereinnahmen (2012/2013: = Ressortanmeldung abz. Verschiebung)

Anlage 1

25. November 2011
in 1000 €

2011	2012	2013	2014	2015
------	------	------	------	------

31 Arbeit						
Eckwerte des Senats	912	908	909	911	909	
Ressortanmeldung		908	909	911	909	
Differenz		0	0	0	0	keine Anmerkungen
Lösungsvorschlag:						keine Veränderungen
Eckwerte (neu)		908	909	911	909	
41 Jugend / Soziales						
Eckwerte des Senats	5.997	5.676	5.712	3.216	3.085	
Ressortanmeldung		7.110	7.175	5.530	5.530	
Differenz		-1.434	-1.463	-2.314	-2.445	höhere Investitionskostenzuschüsse infolge der Einführung der Pflegeversich.; Oberschule "Roter Sand"
Lösungsvorschlag:		1.000	1.000	1.000	1.000	Reduzierung der angemeldeten Maßnahmen (geplante Gesetzesänderung Pflegeversich.)
Differenz (neu)		-434	-463	-1.314	-1.445	
+ U3-Ausbau in Br.haven		4.000	4.000			
Eckwerte (neu)		10.110	10.175	4.530	4.530	Ressortanmeldung abzüglich Reduzierungsbetrag
Mindereinnahmen		-949	-988			KiföG 2008 bis 2013; auf der Ausgabenseite berücksichtigt
Schwerpunktmittel		1.670	4.000	offen	offen	Ausbaumaßnahmen für Versorgung u3 und 3 bis 6 jährige
51 Gesundheit						
Eckwerte des Senats	27.136	24.960	25.678	26.608	25.541	
Ressortanmeldung		29.551	30.268	31.211	30.144	
Differenz		-4.591	-4.590	-4.603	-4.603	Anhebung der Krankenhausinvestitionen auf Niveau von 2010 (einmaliger Zuschuss von Wirtschaft)
Lösungsvorschlag:		2.415	3.132	4.075	3.008	Konstantsetzung der Anschlagwerte 2011 über den Planungszeitraum
Differenz (neu)		-2.176	-1.459	-528	-1.595	
Eckwerte (neu)		27.136	27.136	27.136	27.136	

Anlage 1

25. November 2011
in 1000 €

2011	2012	2013	2014	2015
------	------	------	------	------

68 Umwelt / Bau / Verkehr						
Eckwerte des Senats	109.934	110.089	100.336	102.678	100.107	
Ressortanmeldung		110.913	109.564	110.087	115.205	
Differenz		-824	-9.228	-7.409	-15.098	Küstenschutz für BWK-Gelände; Reatrakt. Botanika; Pilotprojekt "Shared Space St. Gotthardtstraße"
Lösungsvorschlag:			7.500			eventuell: Finanzierung Küstenschutz für BWK-Gelände als Zusatzmaßnahme
		824	1.728			Streichung der übrigen angemeldeten Mehrbedarfe 2012/2013
		2.000	2.000	2.000	2.000	pauschale Kürzung der Eckwerte
Differenz (neu)		2.000	2.000	-5.409	-13.098	
Eckwerte (neu)		108.089	105.836	100.678	98.107	
Mehreinnahmen		474	378	312	166	BremÖPNVG (Bundesmittel); Städtebauförderung; auf der Ausgabenseite berücksichtigt
71 Wirtschaft						
Eckwerte des Senats	100.601	86.880	87.363	90.253	80.334	
Ressortanmeldung		86.880	87.363	91.004	81.085	
Differenz		0	0	-751	-751	
Lösungsvorschlag:		1.000	1.000	1.000	1.000	pauschale Kürzung der Eckwerte
						Zusätzlich: Finanzierung der Vorfinanzierungsbedarfe für die JVA (Justiz) in Höhe von 3,15 Mio. €(2012) innerhalb der Eckwerte des Bereichs (Alternative: Häfen)
Differenz (neu)		1.000	1.000	249	249	
Eckwerte (neu)		85.880	86.363	89.253	79.334	
Mehreinnahmen		11	230	1.449	1.449	insbesondere ERFE-Programm 2007/2013; auf der Ausgabenseite berücksichtigt
81 Häfen						
Eckwerte des Senats	97.470	108.309	110.966	113.824	108.476	
Ressortanmeldung		108.309	110.966	113.823	108.475	
Differenz		0	0	0	0	
Lösungsvorschlag:		4.000	4.000	4.000	4.000	pauschale Kürzung der Eckwerte und Finanzierung der nicht aus UVI finanzierten Mittelanteile für den OTB
Differenz (neu)		4.000	4.000	4.000	4.000	
Eckwerte (neu)		104.309	106.966	109.824	104.476	

Anlage 1

25. November 2011
in 1000 €

2011	2012	2013	2014	2015
------	------	------	------	------

91 Finanzen / Personal						
Eckwerte des Senats	508	466	480	498	477	
Ressortanmeldung		1.066	1.080	3.698	477	
Differenz		-600	-600	-3.200	0	ressortübergreifende Zuwendungsdatenbank (2012/2013); KoPers (Personalmanagementsystem)
Lösungsvorschlag:						keine Veränderungen
Differenz (neu)		-600	-600	-3.200	0	
Eckwerte (neu)		1.066	1.080	498	477	
92 Allgemeine Finanzen						
Eckwerte des Senats	27.066	24.863	25.590	26.531	25.452	
Ressortanmeldung		24.863	25.590	26.531	25.452	
Differenz		0	0	0	0	keine Anmerkungen
Lösungsvorschlag:						keine Veränderungen; Problem der Liquiditätsmehrbedarfe beim SVIT noch zu lösen
Eckwerte (neu)		24.863	25.590	26.531	25.452	
93 Zentrale Finanzen						
Eckwerte des Senats	2.797	2.467	2.827	3.206	3.116	
Ressortanmeldung		1.490	1.630	1.730	1.830	
Differenz		977	1.197	1.476	1.286	Minderausgaben an Stiftung "Wohnliche Stadt" (entspr.kons. Mindereinnahmen (Spielbankabgabe))
Lösungsvorschlag:						keine Veränderungen
Differenz (neu)		977	1.197	1.476	1.286	
Eckwerte (neu)		1.490	1.630	1.730	1.830	
96 IT-Ausgaben der FHB						
Eckwerte des Senats	2.399	5.704	5.768	5.852	5.756	
Ressortanmeldung		6.704	6.768	6.852	6.756	
Differenz		-1.000	-1.000	-1.000	-1.000	Wiederaufstockung Globalmittel für eGovernment (nach Wegfall von KP II-Mitteln)
Lösungsvorschlag:						keine Veränderungen
Differenz (neu)		-1.000	-1.000	-1.000	-1.000	
Eckwerte (neu)		6.704	6.768	5.852	5.756	

25. November 2011
in 1000 €

2011	2012	2013	2014	2015
------	------	------	------	------

Insgesamt				
Eckwerte des Senats (11.10.11)	453.015	450.875	458.353	435.407
+ vorgesehene Schwerpunktmittel	4.000	4.000	4.000	4.000
Investitionsrahmen	457.015	454.875	462.353	439.407
Ressortanmeldung	468.451	481.887	507.153	485.080
+ angemeldete Schwerpunktmittel 1)	5.620	7.850	4.850	3.750
+ Mittel für u3-Ausbau Bremerhaven	4.000	4.000		
Summe der Anmeldungen	478.071	493.737	512.003	488.830
Differenz zum Invest.rahmen 11.10.:	21.056	38.862	49.650	49.423
Eckwerte (neu) 2)	455.982	465.427	464.083	439.989
Schwerpunktmittel (neu) 1)	5.620	7.850	4.850	3.750
Eckwerte insgesamt	461.602	473.277	468.933	443.739
Differenz zum Invest.rahmen 11.10.:	-4.587	-18.402	-6.580	-4.332
+ Mindereinnahmen	-2.352	-2.329	-325	-457
Gesamtdifferenz investiv:	-6.939	-20.731	-6.905	-4.789
Teildeck. durch reduz. Zinsausg.:	5.620	15.350		
verbleib. Handl.bedarf (Glob. Mind.ausg.):	-1.319	-5.381		

1) 2014/2015: ohne Schwerpunktmittel im Bereich Soziales

2) 2012: einschließlich zusätzliche Finanzierung (Küstenschutz BWK; 7,5 Mio. €)

Anlage 2

Neue investive Eckwerte gemäß Senatsbeschluss vom 29.11.2011:

	Anschlag	Entwurf	Entwurf	Planung	
	2011	2012	2013	2014	2015
<i>(bisherige PPI-Struktur; Beträge in Tsd. €)</i>					
I. Investive Einnahmen L+G insg.:	89.190	83.670	81.104	91.448	90.866
22 Kultur	81	1	1	1	1
24 Hochschulen / Forschung	15.221	13.333	13.272	13.135	13.149
41 Jugend / Soziales	2.716	1.713	1.622	0	0
68 Umwelt / Bau / Verkehr	34.260	34.748	34.666	34.600	34.454
71 Wirtschaft	26.176	23.138	20.806	32.975	32.525
81 Häfen	10.737	10.737	10.737	10.737	10.737
II. Investive Ausgaben L+G insg.:	464.081	460.283	467.897	468.934	443.739
01 Bürgerschaft	355	416	430	445	449
02 Rechnungshof	13	12	12	13	12
03 Senat / Senatskanzlei / Kirchl. Ang.	2.845	2.614	2.690	2.789	2.676
05 Bundesangelegenheiten	61	56	58	60	58
06 Datenschutz	14	13	13	14	13
07 Inneres	5.234	5.752	5.623	5.390	4.855
08 Gleichberechtigung der Frau	4	4	4	4	4
09 Staatsgerichtshof	0	0	0	0	0
11 Justiz	4.612	6.799	6.817	6.839	6.813
12 Sport	2.705	2.485	2.561	2.656	2.553
21 Bildung	21.118	18.809	24.157	29.124	25.920
22 Kultur	7.918	7.129	7.278	7.694	7.389
24 Hochschulen / Forschung	44.381	41.337	43.331	42.112	41.239
31 Arbeit	912	908	909	911	909
41 Jugend / Soziales	5.997	6.110	6.175	4.530	4.530
+ u3-Ausbau in Bremerhaven		4.000	4.000		
51 Gesundheit	27.136	27.136	27.136	27.136	27.136
68 Umwelt / Bau / Verkehr	109.934	108.089	105.836	100.678	98.107
71 Wirtschaft	100.601	85.880	86.363	89.253	79.334
81 Häfen	97.470	104.309	106.966	109.824	104.476
91 Finanzen / Personal	508	1.066	1.080	498	477
92 Allgemeine Finanzen	27.066	24.863	25.590	26.531	25.452
93 Zentrale Finanzen	2.797	1.490	1.630	1.730	1.830
96 IT-Ausgaben der FHB	2.399	6.704	6.768	5.852	5.756
21 Schwerpkt. Ganztägiges Lernen (neue Einrichtungen)		3.950	3.850	4.850	3.750
41 Schwerpkt. Kindertagesbetreuung (neue Einrichtungen)		1.670	4.000	offen	offen
Globale Minderausgabe:		-1.319	-5.381		